



Protokoll Begleitausschuss



Ort: Online
Termin: 16.06.2021
Beginn: 16.00 Uhr
Ende: 18.16 Uhr

Teilnehmende:

Herr Becker, Frau Scheffer, Herr Knoth, Frau Brandes, Herr D. Helwig, Herr J. Helwig, Herr Konze, Herr Recke, Herr Schott, Herr Sperlich, Herr Teumer-Weißenborn, Frau Eckhardt, Frau Römer, Herr Nöchel

Herr Werner, Frau Stiehl, Frau Wissemann als Koordinierungs- und Fachstelle/federführendes Amt

als Gäste:

Herr Schmidt

Entschuldigt:

Herr Angres, Herr Teumner-Weißenborn, Frau Jäger, Frau Meißner, Herr Gün, Herr Warlich, Herr Ide

Tagesordnung:

- 1) Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Interessensbekundung
- 3) Vorträge zum Thema „Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung im SEK – aktuelle Vorkommnisse
- 4) Diskussion
- 5) Termine und mehr

TOP 1

Frau Scheffer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Insbesondere wird an dieser Stelle Herr Sascha Schmidt begrüßt, der im Rahmen der heutigen Sitzung einen Vortrag zum Thema rechte Strukturen in Hessen halten wird. Auf die Feststellung der Beschlussfähigkeit wird für diese Sitzung verzichtet, da keine Entscheidungen zu treffen sind.

TOP2

Herr Sascha Schmidt ist Politikwissenschaftler und Gewerkschaftssekretär. Er wurde zur heutigen Sitzung eingeladen um, aufbauend auf die vergangene Sitzung, einen Vortrage zum Thema rechte Strukturen in Hessen zu halten. Da sich der BGA in der letzten Sitzung speziell mit dem Schwalm-Eder-Kreis beschäftigt hat, wird sich Herr Schmidt dem übrigen Hessen widmen.



Die politisch motivierte Gewalt hat in den Jahren 2019 und 2020 einen Langzeithöchstwert laut der Statistik erreicht. Es ist ein Anstieg von 53 % zu verzeichnen, wobei hier immer zu bedenken ist, dass die Dunkelziffer der nicht angezeigten Taten nicht mitgerechnet ist.

Derzeit sind in Hessen 2200 rechtsextreme Personen registriert. Der deutliche Anstieg ist vor allem auf die Einstufung des Flügels der AfD als rechtsextrem zurückzuführen. Aber dennoch bleibt auch hier festzuhalten, dass ein ständiger Anstieg der registrierten Personen zu verzeichnen ist.

Bei der Betrachtung der rechtsextremen Szene muss man sich mit drei Parteien beschäftigen.

Hier handelt es sich um die NPD. Diese Partei ist schon seit vielen Jahren aktiv und zählt zu den mitgliedsstärksten Parteien mit 260 Mitgliedern in Hessen.

Die Landesvorsitzenden der NDP wohnen im Lahn-Dill-Kreis und in der Wetterau. Nur dort sind auch aktive Strukturen zu verzeichnen. In diesen beiden Landkreisen erzielt die Partei auch gute Wahlergebnisse und initiiert auch Veranstaltungen. Das Landeswahlergebnis der NPD ist mit 0,3 % zu vernachlässigen. Dies liegt auch daran, dass die Partei sonst nur wenig führungsfähige Personen aufweist. In den anderen Landesteilen, finden kaum bis keine Veranstaltungen der NDP statt. Es gibt mehr Aktionen die Social-Media-wirksam vermarktet werden, die beispielsweise die Schutzzonen. Entscheiden ist bei dieser Partei auch nicht die Anzahl der Mitglieder, die sie gefährlich macht, sondern die Gewaltbereitschaft in Kombination mit Waffenfunden.

Den meisten Zuspruch bei den politischen Veranstaltungen finden Konzerte mit „Rechtsrock“. Dort treffen Rechtsextreme aus verschiedenen Organisationen und Strukturen zusammen.

Eine weitere Partei ist der „Dritte Weg“. Hier handelt es sich um eine elitäre Kaderpartei, die bundesweit nur 580 Mitglieder hat. Diese Partei hat eine Art „Bürgerbüro“ in Siegen in Hessen, von dort werden auch größere Aktionen organisiert. Ein Bundesvorstandsmitglied wohnt im Sauerland. Die Partei ist international gut vernetzt. Sie tritt sonst eher mit Flugblattaktionen in Erscheinung. Bei der Kommunalwahl in Hessen ist sie nicht angetreten.

Die Gefahr dieser Partei liegt ebenfalls nicht an der Anzahl der Mitglieder, sondern an deren Militanz. Sie versuchen auch an der Bewegung der Corona Leugner anzudocken.

Die dritte Partei ist Die Rechte. In Hessen spielt diese Partei nur eine untergeordnete Rolle. Sie war unter anderem ein Auffangbecken für verbotene Organisationen wie die DVU. Bundesweit zählt die Partei 550 Mitglieder, landesweit nur 10. Der Schwerpunkt für deren Tätigkeit liegt in Nordrhein-Westfalen. Diese Partei tritt maximal durch Flugblattaktionen auf und weist keinerlei Strukturen auf.

Es bleibt festzuhalten, dass die Parteien einen legalen Rahmen für Aktionen bilden. Des Weiteren gibt es noch eine Freies Netz eine sogenannte Kameradschaftsszene. Diese war eigentlich nicht mehr in Erscheinung getreten, aber es gibt einen Trend zur Reaktivierung. Die Zahl dieser Parteiungebundenen Menschen beläuft sich auf ca. 600. Die Gewaltbereitschaft dieser Gruppierungen ist sehr hoch, zudem bietet die Kameradschaft konstante Strukturen. Außerdem kommt es hier immer wieder zu Waffenfunden in allen Regionen Hessens.



Protokoll Begleitausschuss



Eine weitere Gruppierung ist die Identitäre Bewegung. Sie ist sehr jugendaffin und etabliert sich als Teil der neuen Rechten. Es gibt unter anderem Kampfsporttraining in Camps. Die Mitglieder werden aus einem breiten Spektrum rekrutiert. Die Aktivitäten werden anonym organisiert und auch Social Media wirksam inszeniert, so dass die Bewegung größer erscheint, als sie eigentlich ist. Einen deutlichen Knick hat es bei dieser Bewegung aber gegeben, als deren Profile bei Facebook und Instagram gelöscht wurden. Seitdem gibt es kaum noch Aktionen.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die neuen rechten Netzwerke gefährlich sind. Die Grenzen der Organisationen untereinander sind fließend. Viele Täter bewegen sich unterhalb des öffentlichen Radars und ohne offensichtliche Zugehörigkeit zu einer Organisation, was sie noch gefährlicher macht. Die Einigkeit aller Netzwerke besteht darin, dass das deutsche Volk in seiner Existenz bedroht ist.

Herr Schmidt schließt seinen Vortrag ab.

In der anschließenden Diskussion kommt es zur Frage, ob es Empfehlungen gibt, wie man sich für solche Menschen/Organisationen sensibilisieren kann.

Auch wenn zum Beispiel Organisationen wie die Freien Kräfte Schwalm-Eder nicht mehr aktiv sind, haben diese Menschen nicht ihre Ideologie aufgegeben. Man kann sie als Art tickende Zeitbomben betrachten. Die Aufgabe ist es daher zu erkennen, wo sich eventuell eine Gefährdung zusammenbraut und dies in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden überwacht. Allerdings ist auch festzuhalten, dass viele Personen, die Anschläge verübt haben, vorher nicht offen in Erscheinung getreten sind.

Hier ist die Präventionsarbeit sehr wichtig. Aber diese darf sich nicht nur auf die Jugendlichen und die Schulen beschränken, es muss versucht werden auch die Generation 40+ zu erreichen. Denn die ältere Generation prägt die Jugend. In diesem Bereich gibt es aber wenig bis gar keine Angebote. Zudem ist diese Generation auch schwer zu erreichen, da diese oft auf Grund von Mehrfachbelastung (Job, Familie etc.) keine Bildungsangebote annehmen. Hier wäre es vielleicht möglich, über die Volkshochschule Angebote ins Leben zu rufen, die diese Altersgruppen ansprechen. Auch Projekte die generationsübergreifend stattfinden (wie Zeitgeschichte des Ortes aufarbeiten, Zusammenarbeit mit Zeitzeugen), bietet eine Möglichkeit der Präventionsarbeit für die Bevölkerung über 40.

Zudem ist Frau Stiehl zur Zeit dabei ein Netzwerk zu gründen, welches Vereine wie Sportvereine einbindet.

Die Schulen im Schwalm-Eder-Kreis sind durch Angebote für SoR und SmC bereits in Netzwerken verbunden. Hier leistet auch die Abteilung 51.7 außerschulische Jugendarbeit.

Ergänzend wird von Herrn Werner noch zum Thema der letzten Sitzung beigetragen, dass die Reichsbürger im Schwalm-Eder-Kreis immer mehr Straftaten verübend und sich die Szene über den ganzen Schwalm-Eder-Kreis verteilt. Der normale Bürger bekommt wenig von diesem Geschehen mit, das sich die Reichsbürger gegen die Verwaltung wenden. Herr





Protokoll Begleitausschuss



Werner hat daher 10 Städte und Gemeinden zu aktuellen Vorkommnissen befragt. Es bleibt festzuhalten, dass im eher weniger Vorkommnisse seit der Pandemie gibt. Es treten immer wieder dieselben Personen in Erscheinung. Von Seiten der Städte und Gemeinden wird wieder eine Veranstaltung gewünscht, die sie auf den aktuellen Stand der Dinge bringt. Diese wird für Oktober geplant.

Es stellt sich hier auf die Frage, ob die Verwaltungen mittlerweile besser mit diesen Vorfällen umgehen können, da sie eine gewisse Routine erlangt haben. Es ist dennoch wichtig, dass all die Schreiben, die bei Städten und Gemeinden eingehen nicht einfach ignoriert und abgeheftet werden, sondern an die Polizei übermittelt werden. Dort werden diese Schreiben entsprechend analysiert und eine Gefährdungseinschätzung vorgenommen, da aus solchen Androhungen auch immer wieder Straftaten hervorgehen können.

Auch bei Vorkommnissen in Schulen, sollten diese gemeldet werden. Hier hat Frau Stiehl bereits zwei Veranstaltungen zu diesem Thema organisiert, die sich an Lehrende und Eltern richtet.

Die KuF beschäftigt sich derzeit mit der Demokratiekonferenz. Hier stellt sich zunächst die Frage in welcher Form diese stattfinden soll. Man hofft, dass eine Präsenzveranstaltung stattfinden kann. Daher wurde bereits für den 05.11.2021 die Stadthalle Hornberg angemietet. Die Schulen sollen in diesem Jahr nicht mit einbezogen werden, da diese derzeit andere Probleme bewältigen müssen.

Ein konkretes Thema für die Demokratiekonferenz muss noch gefunden werden. Es sollen aber die Netzwerke und die Partnerschaften für Demokratie eine Rolle spielen. Wie kann man diese sichtbar machen, ausbauen und stärken. Ein zentraler Aspekt soll auch der Austausch und die Begegnung sein. Allerdings fehlt noch ein konkretes inhaltliches Thema, welches aber noch vor den Sommerferien gefunden werden soll. Herr Werner ist für Ideen dankbar.

Ein weiteres Thema ist der aktuelle Mangel an Projektanträgen. Alle Projekte, die in 2020 nicht durchgeführt werden konnten, wurden im Jahr 2021 erneut bewilligt. Allerdings konnte bisher keines dieser Projekte stattfinden. Sie sind alle in die zweite Jahreshälfte verschoben wurden. Es bleibt zu hoffen, dass sie noch durchgeführt werden können. Bisher laufen nur die Projekte des Kirchenkreisamtes und des BDP. Der Grundschulpass und der R+T Pass finden nur in eingeschränkter Form statt. Das Projekt aus Beiseförth soll im Oktober stattfinden.

Es bleibt festzuhalten, dass auf Grund der Pandemie die zivilgesellschaftlichen Projekte unterrepräsentiert sind. Die Mehrheit der Projekte wird durch die KuF durchgeführt. Es sind bisher auch erst 8.000 € insgesamt verausgabt wurden.

Man könnte sich eventuell nochmals an die Gemeinden wenden, dass diese das Projekt Demokratie Leben vor Ort bewerben. Allerdings sollten die Mittel auch sinnvoll und für qualitativ gute Projekte ausgegeben werden.





Eine Anfrage beim Bafza hat ergeben, dass auch andere Partnerschaften für Demokratie vor diesen Problemen stehen. Allerdings gibt es von dort keine Ratschläge, wie man mit der Situation umgehen kann. Eine Übertragung von Mitteln in das nächste Jahr ist weiterhin nicht möglich.

Von Seiten der Mitglieder des BGA wurden noch Vorschläge für Projekte gemacht, wie Tag und Nacht der Demokratie oder 60Jahr Abwerberabkommen. Allerdings muss hier auch wieder ein Projektträger finden, der das Projekt durchführt. Noch ein Projekt über die KuF soll nicht initiiert werden.

TOP 3 Verschiedenes

Die Dext-Stelle von Frau Stiehl ist eine phänomenübergreifende Stelle. Daher wurde Frau Stiehl von Seiten des HKE (Hessen gegen Extremismus) aufgefordert, ein Netzwerk zu gründen, welches sich mit Islamismus und Salafismus beschäftigt. Dieses sollte ähnlich wie der BGA aufgebaut sein. Allerdings gibt es bisher im Schwalm-Eder-Kreis keine Anlässe, die ein solches Netzwerk erforderlich machen.

Frau Stiehl fragt daher an, ob der BGA einmal im Jahr dieses Thema aufgreifen kann. Der BGA erklärt sich dazu bereit.

TOP 4 Termine

Die nächste BGA Sitzung findet am 15.09.2021 statt. Sollten wieder keine Interessensbekundungen vorliegen, wird die inhaltliche Arbeit fortgesetzt. Es wird versucht diese Sitzung in Präsenz stattfinden zu lassen.

Frau Stiehl berichtet von einer Veranstaltung die in Kooperation mit den DEXT-Fachstellen der Landkreise Waldeck-Frankenberg, Kassel und Werra-Meißner in den jeweiligen Landkreisen stattfindet zum Thema „Digitale Anfeindungen gegen kommunalpolitisch Engagierte“. Bei der Veranstaltung, die im Schwalm-Eder-Kreis am 29.06.2021 ausgerichtet wird, haben sich bereits 15 Personen angemeldet.

Frau Scheffer schließt die Sitzung um 18.16 Uhr, bedankt sich bei den Anwesenden.

Kathrin Wissemann